

## Widerstand und Illegalität, Emigration und Exil

### Zur Verwendung von Begriffen in der Geschichte der Gewerkschaften\*

---

Dr. Ulrich Borsdorf, geb. 1944, studierte Geschichte, Germanistik und Sozialwissenschaften in Bochum und Freiburg, war wiss. Assistent im Fach Geschichte an der Universität Essen, Redakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ und ist zur Zeit wiss. Referent im WSI des DGB. Er hat eine Dissertation über Hans Böckler geschrieben.

Wir stehen vor einer ganzen Kette von Gedenkfeiern des Jahres 1983, die sich mit der Machtergreifung und dem Sieg des Nationalsozialismus auch über die Gewerkschaften befassen werden. Und da gilt es einmal mehr, den Blick zu schärfen dafür, wer welche historischen Begriffe wie verwendet und welche die dahinterstehenden politischen Absichten sind. Die Besetzung historischer Ereignisse und Begriffe, ihre parteiliche und parteipolitische Inanspruchnahme, gehören zur politischen Auseinandersetzung, das haben die Feiern zum „Hambacher Fest“ wieder einmal bewiesen. Wenn der Sohn Stauffenbergs, ein CSU-Bundestagsabgeordneter, sich gegen eine Beteiligung Herbert Wehners an einer Feier anlässlich des 20. Juli wendet und ihm daraufhin die Verwandten anderer (bürgerlicher) Widerständler unter Berufung auf seinen Vater widersprechen, bricht der politische Kampf um die deutsche Sprache im historischen Kontext genauso auf wie wenn Jürgen Harrer in dem von Frank Deppe und anderen herausgegebenen Buch zur Geschichte der Gewerkschaften schreibt: „Als gewerkschaftlichen Widerstand wird man die Tätigkeit Leuschners indes nur schwerlich bezeichnen können.“<sup>1</sup> Der dahinter verborgene Alleinvertretungsanspruch auf die Wörter „gewerkschaftlich“ und „Widerstand“ ist — nicht zuletzt angesichts der Fleischerhaken in Plötzensee — mehr als bedenklich. Und gerade für die Widerstandsarbeit der Kommunisten gilt doch, daß sie eher ein Widerstand unter der Regie der *Partei*, weniger ein *gewerkschaftlicher Widerstand* war — was ihn mitnichten schmälern soll.

---

\* Es handelt sich bei diesem Aufsatz um die schriftliche Fassung eines Vortrags im Rahmen einer Vorlesung von Prof. Dr. Erich Matthias, Universität Mannheim, am 2.7.1982. Der Stil einer mündlichen, thesenhaften Aussage wurde nicht durchweg verändert, die Literaturangaben können bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

<sup>1</sup> Jürgen Harrer: Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das „Dritte Reich“, in: Frank Deppe u.a. (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Köln 1977, S. 247.

Was ist nun angesichts der Tatsache, daß in Deutschland eine Einigung über das, was unter „Widerstand“ in allen Abwandlungen zu verstehen sei, nicht zu erzielen ist anders als in anderen Ländern, wo man sich unter dem Dach des Patriotismus in dieser Frage zusammenfinden kann?

In den ersten zwanzig Jahren der Bundesrepublik wurde zunächst nur der bürgerliche Widerstand um den 20. Juli 1944 anerkannt und politisch zur Legitimation der Bundesrepublik genutzt. Es ist bezeichnend für das politische Klima in der frühen Bundesrepublik, daß in der öffentlichen Diskussion der 50er Jahre ernsthaft die Meinung vertreten wurde, die am 20. Juli beteiligten Offiziere könnten nicht geehrt werden, weil sie ihren (Soldaten-)Eid gebrochen hätten. Mit ersten Arbeiten zur sozialdemokratischen Emigration wurde ein Durchbruch zur Anerkennung auch des Beitrags der SPD erzielt,<sup>2</sup> doch der Widerstand aus der Arbeiterbewegung erfuhr erst viel später eine politische und wissenschaftliche Würdigung.<sup>3</sup> Schließlich blieb Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auch die Widerstandsarbeit der Kommunisten nicht mehr exkommuniziert; 1980 hat Detlev Peukert in seinem Buch über den KPD-Widerstand im Rhein-Ruhr-Raum das „Handeln und Sterben deutscher Kommunisten“ zum „Bestandteil (der) nationalen Tradition“ erklärt.<sup>4</sup> Dies alles beweist einmal mehr, wie politisch virulent die historischen Begriffe besonders im Zusammenhang des Nationalsozialismus und seiner Gegner waren und es noch heute sind.

Zwischen „Widerstand leisten“ und „widerstehen“ liegt schon sprachlich eine ganze Fülle von Nuancen, die auf die mögliche Vielfalt der historischen Realität hinführt. Die Historiker haben dafür eine ganze Palette von Wörtern entwickelt: „Immunität“ und „Resistenz“<sup>5</sup>, „Nonkonformität“, „innere Emigration“, „Verweigerung“, „Protest“, „Arbeiteropposition“, „Illegalität“, „Konspiration“, „Opposition“, „aktiver“ und „passiver Widerstand“<sup>6</sup> sind Be-

2 Erich Matthias: Sozialdemokratie und Nation. Zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933 bis 1938, Stuttgart 1952.

3 Außer der umfangreichen DDR-Literatur und den Veröffentlichungen des Röderberg-Verlages vgl. z.B.: Helmut Esters, Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967; Kurt Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945, Hannover 1969; Hans-Josef Steinberg: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 2. Aufl. 1973.

4 Detlev Peukert: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980.

5 So z.B. Martin Broszat, in: derselbe, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München, Wien 1977, S. 11 f.

6 Vgl. die jüngere Diskussion dieser und weiterer Begriffe: Peter Hüttenberger: Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: Theorien in der Praxis des Historikers, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3, Göttingen 1977, S. 116—134; Günter Plum: Widerstandsbewegungen, in: Marxismus im Systemvergleich, Geschichte, Bd. 5, S. 294-320; Detlev Peukert: Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933-1945, in: aus politik und Zeitgeschichte, B 28-29/79, S. 22-36; Christoph Kleßmann: Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich, in: aus politik und Zeitgeschichte, B 46/79, S. 25—37; Timothy W. Mason: Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: Detlev Peukert, Jürgen Reulecke (Hrsg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unter dem Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 293-313; Klaus Tenfelde: Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Benzberg/Oberbayern 1900-1945, München, Wien 1981; Christoph Kleßmann, Falk Pingel (Hrsg.): Gegner des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1980; Richard Löwenthal, Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 1982.

Zeichnungen, die die Breite, Intensität und Verankerung von Verweigerung und Kampf der Arbeiter, der Arbeiterbewegung und ihrer Funktionäre, andeuten sollen. Die historische Begriffsbildung kann im Kontext des Widerstandes bei weitem nicht als abgeschlossen gelten; indem sie fortschreitend historisch-soziologisch differenziert wird, wird auch der Widerstandsbegriff zur politischen Diffamierung untauglich.

Die *sozialgeschichtliche* Erforschung zur Lage der Arbeiter unter dem Nationalsozialismus löst erst allmählich die ursprünglich *notwendig* ideengeschichtlich orientierte Aufarbeitung von Widerstand und Exil der Arbeiterbewegung ab. Von ihr lassen sich weitere Abschattierungen der Praxis des Widerstandes und des Widerstandsbegriffs erwarten. Wie im menschlichen Verhalten insgesamt, wird auch da eine ungeheure Komplexität sichtbar werden. Zum Richter über menschliches Verhalten in Extremsituationen, wie sie der Nationalsozialismus vielen Menschen auferlegt hat, sollte sich niemand, auch der Historiker nicht, aufwerfen. So muß auf der einen Seite nicht jeder unterlassene Hitlergruß zum Widerstand erklärt werden: 1939 gegenüber dem NS-Blockwart das „Heil Hitler“ durch einen „Guten Tag“ zu ersetzen, ist sicher etwas anderes, als 1944 auf einer Ruhrgebietszeche mit dem vertrauten „Glück auf!“ zu grüßen. Es wäre auch makaber, wollte man die Intensität des Widerstandes nach der Zahl der Toten bemessen - wer wollte darüber urteilen, ob es politisch und moralisch vertretbar oder gar erforderlich war, Menschen zu Handlungen „anzuleiten“, die sie mit dem Tode bedrohen mußten? War ein „Widerstehen“, das unterhalb der Eingreifschwelle des nationalsozialistischen Terrorapparates lag, „zweckmäßiger“ oder „moralischer“? Es macht auch keinen Sinn, zwei ganz unterschiedliche Widerstandsbegriffe, nämlich den von Karl Marx zur Funktion der Gewerkschaften und den für die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus miteinander zu vermengen, um zu beweisen, daß die Gewerkschaften von Anfang an Widerstandsorganisationen gewesen seien.<sup>7</sup>

Auch der Begriff der „Illegalität“ ist nicht unproblematisch, da er impliziert, das nationalsozialistische System sei „legal“ gewesen. Er wird gern benutzt, um ein Verhalten zu beschreiben, das nicht als „aktiver“ Widerstand zu verstehen ist. Was darüber hinaus für ihn spricht, ist der Umstand, daß er von den Gegnern des deutschen Faschismus selbst gebraucht wurde. Insofern wird das Verhalten vieler alter Gewerkschaftsführer oft als „Illegalität“, die auch organisierte Formen annehmen konnte, bezeichnet. Angesichts der begrifflichen Unschärfe in diesem Feld sollte man es vermeiden, das Verhalten der deutschen Bevölkerung, der Arbeiter und der Arbeiterbewegung, mit einem Raster zu überziehen, das dem einen die Qualität des Widerstandes beimißt, und politisch-moralisch wertet, dem anderen aber die historische Ehre ab-

---

<sup>7</sup> So Gerhard Beier: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933-1945, Köln 1981.

schneidet, und ihn exkommuniziert oder inkorporiert, je nach dem, was politisch opportun erscheint.

Stattdessen sollte das Verhalten der Deutschen - besonders der Arbeiter - unter dem Nationalsozialismus empirisch-sozialgeschichtlich entfaltet werden. Es gibt hinreichend viele Parameter, nach denen das Handeln der Arbeiter, der Führer der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften unter den Bedingungen faschistischer Herrschaft geordnet werden kann und die nicht zur politischen Diffamierung taugen. Unangepaßtes Verhalten bis hin zum aktiven Widerstand wäre zu beschreiben und zu untersuchen auf Intentionalität, Politizität, subjektive und objektive Funktion, Organisiertheit, soziale und regionale Verbreitung, Zielsetzung. Dies alles müßte dauernd bezogen werden auf das jeweilige biographische, soziale und politische Umfeld. Bündnispolitische Aspekte, theoretische Fundierung eines Faschismusverständnisses, Planung und Programmatik für die Zeit danach sind weitere Kriterien der Ordnung eines diffusen Bildes der deutschen Gesellschaft in dieser Zeit.

### Arbeiteropposition

*Gewerkschaftlicher* Widerstand ist insofern ein Paradoxon, weil das Attribut „gewerkschaftlich“ zwei Implikationen enthält: erstens die Öffentlichkeit des Handelns, zweitens das Recht der Arbeiter, ihre Interessen solidarisch, das heißt: kollektiv zu vertreten.<sup>8</sup> Der Nationalsozialismus zerschlug aber die Gewerkschaften und drängte ihr Personal in die Illegalität. Und mit der Installierung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) nahm er den Arbeitnehmern die Möglichkeit (und das Recht), ihre Interessen kollektiv zu vertreten. Faschismus bedeutet vor allem die Rückkehr zur individuellen Konkurrenz unter den Arbeitern; abgeschwächte Formen der kollektiven Interessenvertretung waren allenfalls noch auf Betriebsebene möglich. (Inwieweit stark restringierte Formen der Interessenvertretung vielleicht sogar in und über die DAF möglich waren, ist eine bisher noch nicht ausgelotete Frage). Tim Mason plädiert für den Begriff der „Arbeiteropposition“, um die erkennbare Gegnerschaft von Arbeitern und Arbeitergruppen zu qualifizieren. Damit sind alle Handlungen von Arbeitern gemeint, die zwischen ökonomischer Interessenwahrnehmung und offener Opposition liegen, aber zunächst nicht intentional politischer Widerstand sind. Die Formen dieser Arbeiteropposition waren vielfältig: häufiger Arbeitsplatzwechsel; kollektive Kündigungen; Fehlen am Arbeitsplatz, „Krankfeiern“; Bummeln; Erscheinen am Arbeitsplatz, ohne die Arbeit aufzunehmen; dauernde überflüssige Inanspruchnahme der NS-Vertrauensräte

<sup>8</sup> Tim Mason: Arbeiteropposition, S. 293ff.; und Michael Voges: Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“. Die Deutschland-Berichte der Sopade (1934—1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXI (1981), S. 329-383, S. 346ff. und 375f.

und deren Aufwiegelung gegen die Meister; Lächerlichmachen nationalsozialistischer Betriebspolitik; Verweigerung, den „Tag der nationalen Arbeit“ (1. Mai) zu begehen; Erzählen von Witzen; schlechte Arbeit bis hin zur Sabotage, und vieles andere mehr.

Dies wird man nicht alles im *politischen* Sinn als Widerstand auffassen können (zumal einige Formen dieser Art der Opposition auch von Arbeitern bekannt sind, die Nationalsozialisten waren), und die Grenzen zwischen einer ökonomischen Interessenwahrnehmung und mehr oder minder offenen Opposition sind auch schwer erkennbar. Arbeiteropposition war aber ein sicherlich weit häufigerer Tatbestand als bisher angenommen - das ist in Voges' Auswertung der Deutschland-Berichte der Sopade (Exil-SPD) überzeugend dargelegt worden.<sup>9</sup> Diese Arbeiteropposition bewegte sich personell und inhaltlich überwiegend auf dem Strang gewerkschaftlicher Tradition. Sie wurde offenbar getragen von ehemaligen Gewerkschaftern und Betriebsräten; ihre Formen und Forderungen verweisen auf gewerkschaftliches Bewußtsein.

Ob die Belege hinreichen, um das Bild von einer weitgehend und überwiegend pazifisierten deutschen Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus grundlegend zu korrigieren, muß zwar fraglich bleiben, doch lassen sich drei in ihrer Intensität unterschiedliche Phasen der Arbeiteropposition zwischen 1933 und 1940 konstatieren: Eine zweijährige Anfangsphase, in der aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage die Arbeiter Angst hatten, sich - politisch oder nicht - unbotmäßig zu verhalten. Das heißt aber nicht, daß die Arbeiter sich mit dem nationalsozialistischen System abgefunden hatten, denn aus den Niederlagen der DAF bei den Vertrauensratswahlen 1934 und 1935 ging für die Machthaber deutlich hervor, daß sie die Arbeiter nicht auf ihrer Seite hatten, weshalb 1936 auch ganz auf solche Wahlfarce verzichtet wurde. In einer zweiten Phase, mit dem Anziehen der Konjunktur und der sich bessernden Beschäftigungslage in der Mitte der dreißiger Jahre, wuchs der Mut der Arbeiter, ihre ökonomischen Interessen auf Betriebsebene individuell, teilweise sogar kollektiv, zu vertreten. Dies ging offenbar selten bis hin zu einem intentional politischen Widerstand, sondern war eher ökonomische Interessenwahrnehmung, die aber sehr wohl eine politische Funktion hatte. In der dritten Phase ebte diese Welle der Opposition wieder ab. Es scheint, daß das nationalsozialistische Regime im Zuge der verstärkten Rüstung und Kriegsvorbereitung sich gezwungen sah, zumindest auf dem Lohnsektor den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Noch ist die Arbeiteropposition nicht hinreichend erforscht, doch wenn es gelingt, ihre Formen, ihre Intensität und Zielrichtung glaubhaft mit Daten der politischen Entwicklung in Zusammenhang zu brin-

---

<sup>9</sup> Vgl. Anmerkung 8.

gen,<sup>10</sup> werden wir wissen, ob vielleicht sogar in größerem Umfang von Arbeiterwiderstand gesprochen werden kann. Es steht aber fest, daß relativ festgefügte Milieus der Arbeiterbewegung, seien sie sozialdemokratisch, kommunistisch oder christlich-katholisch, gegen den Nationalsozialismus weitgehend immun oder gar resistent geblieben sind.

### Gewerkschaftlicher Widerstand

Arbeiteropposition war genauso notgedrungen tendenziell *öffentlich* wie der politisch bewußte Widerstand von Führern der alten Gewerkschaften *geheim* sein mußte. Die Trennung der Arbeiterklasse von ihren Organisationen war der entscheidende Erfolg sowohl der Ideologie des Nationalsozialismus im Vorfeld der Machteroberung wie auch seines Terrorapparates in der Systemphase, und die spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Formen des Widerstandes. Die unterschiedlichen Taktiken der sozialdemokratischen Gewerkschafter auf der einen Seite, und der kommunistischen Gewerkschafter bzw. der KPD auf der anderen Seite waren in sich durchaus konsequent: Der ehemalige Apparat des ADGB konnte gar nicht anders als konspirativ arbeiten — die kommunistischen Gewerkschaften konnten kaum anderswo als auf der betrieblichen Ebene ansetzen, weil sie in den Gewerkschaften praktisch über keine Apparatpositionen verfügt hatten. Dabei mußten sie notgedrungen tendenziell öffentlich werden und wurden für die Verfolgung anfälliger. Sie mußten auch deswegen höhere Verluste als die Sozialdemokraten hinnehmen, als sie im Gegensatz zu den dezentral und in informellen Zirkeln arbeitenden Sozialdemokraten zentralistisch-hierarchisch organisiert waren - lüftete die Gestapo die Systematik an einem Punkt, war das Ganze leichter aufzurollen. Auch deswegen ist es nicht sinnvoll, die Unterschiede des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandes moralisch in der Form quantitativ zu werten, daß man dem einen die Qualität des Widerstandes abspricht, den anderen heroisch verklärt. Das Ausmaß an Verfolgung, die die Kommunisten härter traf, läßt einen direkten Rückschluß auf die Intensität des Widerstandes zu.

Gemeinsam ist beiden: Der Irrtum über den Charakter, vor allem aber über die Dauerhaftigkeit des Nationalsozialismus war bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftern und bei den Kommunisten gleich folgenschwer. Er verleitete die Führung des ADGB zu der Auffassung, ein Überleben der Organisationen sei durch zeitweilige Anpassung möglich. Die Kommunisten nahmen an, sie befänden sich in einer vorrevolutionären Phase, und die Arbeiter seien sowohl gegen die Führung der Sozialdemokratie (oder doch an ihr vorbei) wie zum bal-

---

<sup>10</sup> Dies ist von der Berlin (TU) Dissertation von Günter Morsch zu erwarten.

digen Sturz des Faschismus zu mobilisieren. Abgesehen von nur ideologisch faßbaren Unterschieden, ja Gegensätzen, zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschaftspolitik am Ende der Weimarer Republik und des Beginns der nationalsozialistischen Herrschaft reagierten beide Gruppen konzeptionell auf den ihnen verbleibenden Handlungsspielraum taktisch je an sich folgerichtig. In der Praxis unterschied sich die kommunistische Spielart der Widerstandsarbeit aber nach 1936, als die Gestapo verheerende Erfolge unter den Kommunisten gehabt hatte, nicht wesentlich von der der Sozialdemokraten: Heimlichkeit, Verbindunghalten, Information, Kommunikation, Dezentralität waren die Merkmale.

Punktuellem Erfolg der Kommunisten bei dem Versuch, die Einheits- ja schließlich die Volksfront herzustellen, mögen auf betrieblicher und örtlicher Ebene, in Konzentrationslagern zeit- und teilweise auch mit Gruppen des sozialistischen Exils (z. B. mit den „Revolutionären Sozialisten“ und mit Gewerkschaftsexilgruppen in Frankreich) zu verzeichnen gewesen sein;<sup>11</sup> sie waren aber nicht kontinuierlich und nicht die Regel. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung setzte sich bis in den Widerstand fort. Die KPD hielt bis 1935 an ihrer verhängnisvollen Sozialfaschismusthese fest, die Faschismus und Sozialdemokratie zu Zwillingen erklärte - dies und die bis dahin aufrechterhaltene RGO-Politik isolierte, wie Ulbricht zugab, die Kommunisten „von entscheidenden Schichten des Proletariats“.<sup>12</sup> Aber auch die Volksfrontlinie nach 1936 initiierte keinen Wiederaufschwung der kommunistischen Widerstandsarbeit. Der Hitler-Stalin-Pakt brachte sie - neben anderen kriegsbedingten Ursachen - schließlich fast völlig zum Erliegen. Erst nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion ist eine Reaktivierung, wenn auch auf bedeutend niedrigerem Niveau als 1933 bis 1935, erkennbar. An der Kraft, den im Frühjahr 1945 die Antifa-Bewegung vorübergehend entfaltete, läßt sich jedoch ablesen, daß auf der Ebene der Betriebe und der Wohngebiete gegen Ende des Krieges das Zusammengehen kommunistischer und sozialdemokratischer und christlicher Gewerkschafter als zwingend angesehen wurde.

Die erste Reaktion der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf die brutale Realität des Nationalsozialismus war ein schnelles Untertauchen gewesen in der Hoffnung, der „Spuk“ gehe schnell vorbei und dann kehre man in die alten Positionen zurück. Doch nachdem sich dies im Laufe des Jahres 1933 zunehmend als unrealistisch erwiesen hatte und viele von ihnen mehr oder minder lange mit den unterschiedlichen Formen der Haft Bekanntschaft gemacht

---

11 Horst Bednarek: Die Gewerkschaftspolitik der KPD — fester Bestandteil ihres Kampfes um die antifaschistische Einheits- und Volksfront zum Sturze der Hitlerdiktatur und zur Verhinderung des Krieges (1935 bis August 1939), Berlin (Ost) 1969.

12 Ebenda, S. 62 - dort das Ulbricht-Zitat.

hatten, folgte die Phase der Einrichtung auf eine *längere* Zeit der Illegalität. Das bedeutete hauptsächlich die Herstellung und Aufrechterhaltung von Kontakten zu anderen Mitarbeitern der ehemaligen freien Gewerkschaften, das Halten der Verbindung in das benachbarte Ausland, zunächst vor allem in die Tschechoslowakei, nach Holland und in das Saargebiet, in das - ähnlich wie die Sozialdemokraten - bald die ersten Gewerkschafter geflohen waren. Dabei spielten die besonders intensiven internationalen Kontakte einiger Gewerkschaften (Eisenbahner, Bergleute, Textil- und Metallarbeiter, Angestellte) eine wichtige Rolle.

Im Unterschied zu Gerhard Beier und seinem Buch über die Tätigkeit der „illegalen Reichsleitung“ der Gewerkschaften scheint aber doch Skepsis angebracht gegenüber der Vorstellung einer etwa breit entfalteten Systematik dieses illegalen Weiterexistierens der Gewerkschaftsführungen, vor allem gegenüber der Vorstellung einer intakten dauerhaften Vernetzung dieses Widerstandes in die Betriebe hinein. Auf diesem Gebiet ist die Beweisführung extrem schwierig, weil es sich, wie Beier richtig formuliert hat, um „verschwiegenen Widerstand“ handeln mußte. Am Leben Hans Böcklers in der Zeit des Nationalsozialismus zeigt sich, daß diese illegale Arbeit der Gewerkschaften bei weitem nicht immer dramatischen oder systematischen Zuschnitt hatte, sondern sich zwischen „Widerstand“ und „Wartestand“ bewegte. Damit soll nichts verniedlicht werden, denn die Folgen auch dieser Art von Widerstandsarbeit waren oftmals so schrecklich, daß sich dies von selbst verbietet; aber es verbietet sich auch, alles zu heroisieren.

Die illegale Gewerkschaftsarbeit wäre solange nicht als „aktiver“ Widerstand zu bezeichnen, wenn man es zum Kriterium erhöbe, ob deren Handeln direkt in die Vorbereitung eines Umsturzes mündeten - davon kann wohl erst nach dem 1941 hergestellten Kontakt zu den Männern des 20. Juli gesprochen werden. Die relative Stabilität des nationalsozialistischen Systems, die ja bis 1945 von innen her vor keine existentielle Probe gestellt wurde, ließ Pläne, die mit Massenaktionen hätten realisiert werden müssen, in der Tat als illusorisch erscheinen. Doch auch die organisierte Illegalität der Gewerkschafter bedeutete eine latente Bedrohung des Systems, indem es eine Gegenelite zusammenhielt, die für den Moment des Zusammenbruchs zur Verfügung stand. Insofern scheint für das Handeln des Gros der alten Gewerkschaftskader während des Nationalsozialismus der Begriff des Widerstandes im Sinne von „Widerstand leisten“ vielleicht zu stark - der der „Illegalität“ wiederum zu schwach. Bei weiterer Forschung könnte vielleicht der Begriff der „Opposition“ sich noch als am tragfähigsten erweisen.

## Die Programmatik des Goerdeler-Leuschner-Kreises

Programmatisch-konzeptionell kulminierte die illegale Gewerkschaftsarbeit der ehemaligen Führungsspitzen von 1941 an in der Zusammenarbeit zwischen Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser mit Carl Goerdeler. Goerdeler, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, und als Rechtsliberaler in der DNVP, war einer der herausragenden Köpfe des bürgerlichen Widerstandes. Er hatte in seinen ersten Denkschriften der Jahre 1940/41 für eine gesellschaftliche Neuordnung in Deutschland keine autonomen Gewerkschaften, sondern eine reformierte DAF vorgesehen. Leuschner und Kaiser brachten ihn davon ab, und sie einigten sich 1942 auf das Konzept einer „Deutschen Gewerkschaft“, in die Leuschner und Kaiser das von ihnen illegal zusammengehaltene Führungspersonal der drei früheren Richtungsgewerkschaften einbrachten (also mit Ausnahme der Kommunisten). Die „Deutsche Gewerkschaft“ sollte von der DAF den Beitrittszwang übernehmen, eine auf Zwangsmitgliedschaft beruhende Körperschaft in dem von Goerdeler vorgesehenen „Reichsständehaus“ sein. Bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft sollte die „Deutsche Gewerkschaft“ in den Wirtschaftsbereichen, die für eine Sozialisierung infrage kamen im gemeinwirtschaftlichen Sinne auch als Produzenten auftreten. Arbeitsvermittlung und Sozialversicherung sollten von ihr autonom verwaltet werden. Durch ein speziell darauf ausgelegtes Bildungssystem sollten die Arbeitnehmer zur wirtschaftlichen Mitbestimmung befähigt werden.<sup>13</sup>

Goerdeler war an den Grundideen der preußischen Selbstverwaltung im Steinschen Sinne orientiert und stand westlich-pluralistisch-parlamentarischem Denken weniger aufgeschlossen gegenüber. Seine korporativistischen Ideen brachten bei den Gewerkschaftern - bei den christlichen stärker als bei den sozialdemokratischen - auch deren ähnlich geartete Traditionsstränge zum Klingen. Die Einheitsgewerkschafts-Konzeption des Goerdeler-Leuschner-Kreises hat in ihrer Motivstruktur mit den kommunistischen Einheitsvorstellungen, wie sie von 1935 an in ein Volksfront-Programm eingebettet waren, wenig zu tun. Sie ist vielmehr Teil eines programmatisch groß angelegten Korporativismus.

Daß Pläne für eine nachfaschistische Organisationsstruktur von Gewerkschaften an die DAF anknüpfen, ist nur auf den ersten Blick ungewöhnlich. Fritz Tarnow ersann im schwedischen Exil Ende des Jahres 1941 - als er durchaus noch Kontakte zum Widerstand in Deutschland hatte - einen Reorganisationsplan, dessen Grundidee die Übernahme des organisatorischen Gerippes

---

<sup>13</sup> Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart, 3. Aufl. 1956; Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthenner, Hans Buchheim (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Berlin 1966, S. 73-167.

der DAF und deren Demokratisierung war. Auf die in die DAF ebenfalls zwangsintegrierten Unternehmer und Manager allerdings sollte verzichtet werden. Dieser Plan einer demokratischen Rückeroberung der DAF war hauptsächlich von dem Ziel bestimmt, in dem zu erwartenden Chaos eines gesellschaftlichen Umbruchs in Deutschland möglichst schnell wieder eine intakte, festgefügte Arbeitnehmerorganisation zu haben. Tarnow stieß mit diesem Plan jedoch bei den Amerikanern, denen er ihn vortrug, auf Befremden, und sowohl in seiner Stockholmer Gewerkschaftsexilgruppe, aber vor allem auch in der von Hans Gottfurcht geleiteten Londoner Gruppe, auf erhebliche Ablehnung.<sup>14</sup>

Eine allzu voreilige Kritik an Tarnows - allerdings politisch instinktlosem - Plan verkennt, daß in der Realität der Monate April und Mai 1945 es die Arbeiter in den Betrieben selbst waren, die vielerorts ganz unbefangen in die Strukturen der DAF einrückten. So hielten sie zum Beispiel die Beitragssätze der DAF weiterhin mit Hilfe der Unternehmen ab, verwandten die DAF-Briefbögen auf der Rückseite weiter; vor allem aber planten viele eine Organisation, die ähnlich wie die DAF zentralistisch in Industriegruppen gegliedert sein sollte. Es ist unübersehbar, daß die Organisationsstruktur des FDGB der SBZ/DDR den Plänen, wie sie etwa Böckler und andere wieder auftauchende Gewerkschaftsführer im Westen hegten, stark ähnelten, und daß sie allesamt ohne die DAF im Grunde nicht zu denken sind. Das hängt gewiß auch damit zusammen, daß die DAF, was ihre organisatorische Struktur (Reichsbetriebsgemeinschaften) angeht, zum Teil ein Plagiat des ADGB-Organisationsbeschlusses von 1925 darstellt. Es handelt sich bei diesen organisations-strukturellen Affinitäten zwischen Einheitsgewerkschaft und ihrem faschistisch-korporativistischen Zerrbild keineswegs um eine deutsche Sonderentwicklung. Auch in anderen Ländern, in denen der Faschismus tiefe Spuren hinterlassen hatte, entstanden am Ende des Krieges solche Einheitsgewerkschaften: in Österreich, Italien und Frankreich.<sup>15</sup> Die deutsche Sonderentwicklung besteht darin, daß die Einheitsgewerkschaft trotz des Kalten Krieges erhalten blieb - wenn auch zweigeteilt.

### Emigration und Exil

Mit dem Begriff Exil und Emigration verhält es sich etwas einfacher als mit dem mehrfach aufgeladenen Begriff des Widerstandes. Die Forschung ist dazu übergegangen, statt Emigration „Exil“ zu sagen, um die Unfreiwilligkeit der

14 Vgl.: Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945, S. 94ff.; Ulrich Borsdorf, Hans Otto Hemmer, Martin Martiny (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Köln 1977, S. 248ff.

15 Vgl.: Lutz Niethammer: Strukturreform und Wachstumspakt. Westeuropäische Bedingungen der einheitsgewerkschaftlichen Bewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus, in: Heinz O. Vetter (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, S. 303-358.

Auswanderung zu betonen. In der Tat bezeichnet „Exil“ wohl eher die Situation derer, die „mit dem Gesicht nach Deutschland“<sup>16</sup> im Ausland zu leben gezwungen waren. Solche realitätsfernen Situationen - das heißt Situationen ohne die Chance legaler politischer Einflußnahme - erzeugen notwendig ein Anschwellen von Selbstverständnisdiskussionen und programmatischen Aussagen, das gilt für den Widerstand wie für das Exil.

Von den gewerkschaftlichen Exilgruppen waren die in Schweden und die in Großbritannien die größten, politisch regsamsten und programmatisch ergiebigsten. Zur Beschreibung des Beitrags des Exils zur Nachkriegswirklichkeit der deutschen Gewerkschaften ist die beispielhafte Behandlung der britischen Gruppen am besten geeignet. In London, dem Ort, in dem auch der Exilvorstand der SPD seinen Sitz hatte, entstand im Frühjahr 1941 mit der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ ein Kartell aus SPD, „Neubeginnen“, SAP, ISK und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien.<sup>17</sup> Die Kommunisten waren zwar nicht in dieser „Union“, aber nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion in der Landesgruppe der Gewerkschafter vertreten. Nachdem sich zwischen dem britischen TUC und den sowjetischen Gewerkschaften Kontakte angebahnt hatten, die schließlich in die Gründung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) mündeten, konnten die deutschen Kommunisten, die auch im Exil nach dem Hitler-Stalin-Pakt in die Isolierung geraten waren, nicht länger ferngehalten werden. Insofern war hier im Exil die Einheitsgewerkschaft auch politisch schon präformiert, indem sie sich parteipolitisch und weltanschaulich für Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten öffnete und prinzipiell christliche Gewerkschafter einschloß.

Die britische Landesgruppe deutscher Gewerkschafter begann ihre programmatischen Beratungen 1943; sie sollten sich bis in das Jahr 1945 hineinziehen - das Schlußdokument, „Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung“<sup>18</sup> wurde jedoch von den Kommunisten schon nicht mehr mitgetragen. Hier deutete sich bereits ein Bruch an: die Kommunisten vertraten im Interesse der sowjetischen Außenpolitik (Reparationen) die Kollektivschuldthese, die die Sozialisten lebhaft bestritten. Im Unterschied zu den Planungen der Goerdeler-Leuschner-Gruppe konnte die Landesgruppe in London das Datum einer von außen herbeigeführten militärischen Niederlage des deutschen Faschismus in ihre Planungen mit einbeziehen und war insofern realistischer auf die 1945 tatsächlich eintretende Situation zugeschnitten.

---

16 Diese Worte werden Otto Wels zugeschrieben: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hrsg. von Erich Matthias, bearbeitet von Werner Link, Düsseldorf 1968, S. 7.

17 Werner Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940 bis 1945, Bonn-Bad Godesberg, 2. Aufl. 1975, sowie: Arbeiterinitiative 1945, S. 91 ff.

18 Abgedruckt in: Borsdorf, Hemmer, Martiny (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, S. 250 ff.

Anders als Goerdeler-Leuschner und auch anders als Tarnow wollten die Londoner die künftigen Gewerkschaften nicht „von oben“ und zentral aufgebaut sehen, sondern von unten örtlich und bezirklich, nach Industrien und Berufen, - die vorherige vollständige Liquidierung der DAF war einstimmige Meinung aller. Eine von Parteien, Staat, Regierung und Unternehmern unabhängige, auf freiwillige Mitgliedschaft beruhende Einheitsgewerkschaft, untergliedert in Industrieverbände, sollte die Organisationsform sein.

Mitsamt seinem wirtschaftsdemokratischen Teil atmet das ganze Programm ähnlich wie das schwedische, im Unterschied zur Goerdeler-Leuschner-Programmatik, westlich-pluralistische Züge. Es gewann praktisch-politische Bedeutung damit, daß aufgrund einer Zusammenarbeit der Gottfurcht-Gruppe mit dem amerikanischen Nachrichtendienst OSS einige ihrer Mitglieder schon vor oder mit den Besatzungstruppen nach Deutschland eingeschleust wurden. Und so kann man dann in Hans Böcklers Antrag an die Militärbehörden im Frühjahr 1945<sup>19</sup>, der ganz den Ton und das Konzept Leuschners und Kaisers fortführte, ein mit einer englischen Schreibmaschine geschriebenes Insert finden, das eindeutig auf das Programm der „Neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung“ der „Londoner“ zurückverweist.

Ungern hatte Böckler, wie er selbst zugab, auf den Plan einer Zwangsmitgliedschaft verzichtet - eine Bestimmung, die mit britischem Demokratieverständnis nicht vereinbar war.

#### Archimedischer Punkt: Einheitsgewerkschaft

In Böcklers Plan wird die Verzahnung von Widerstand, Illegalität und Exil der deutschen Gewerkschaften sinnfällig. Deren und der unterschiedlichen politischen Gruppierungen der Arbeiterbewegung archimedische Punkt war 1945 die Gründung der Einheitsgewerkschaft, ein Ziel, das alle beteiligten Gruppen mit unterschiedlichen Motiven anstrebten. Die Arbeiter in den Betrieben aus den Erfahrungen des nationalsozialistischen Betriebsalltags heraus und in durchaus ambivalenter Verarbeitung der DAF, die linken Abspaltungen von SPD und KPD in der Hoffnung auf eine in Zukunft einigete Arbeiterbewegung, sozialdemokratische, vor allem christliche ehemalige Funktionäre entweder mit der Vorstellung einer deutschen „Labour“ oder aber in einer korporativistischen Grundübereinstimmung, und die Kommunisten im Rahmen von Volksfrontkonzepten und antifaschistisch-demokratischem Block. Mehr oder minder verhüllt hegten sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten 1945 die Hoffnung, sie könnten im Bündnis Einheitsgewerkschaft den Ton angeben. Das ging auch in Erfüllung - doch in einer sehr spezifischen Weise, die ohne die Spaltung Deutschlands nicht zu denken ist.

---

<sup>19</sup> Ebenda, S. 270 ff.